WP-01-K1-095-2

In die Zukunft wachsen – ökologisch und ökonomisch

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

Außerordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Berlin, 26. Januar 2025

Antragsteller*in:	KV Saale-Holzland-Kreis
Beschlussdatum:	06.01.2025

Änderungsantrag zu WP-01-K1

Von Zeile 94 bis 97 löschen:
werden müssen. Die Notarpflichten werden wir vereinfachen und reduzieren, um so Kosten zu senken und Zeit zu sparen. ~~Damit mehr Unternehmen von den KMU-Ausnahmeregeln profitieren können, werden wir die Schwellenwerte für die Definition von KMU anheben.~~

Begründung

Wenn die Grenzen für KMU wie jetzt vom BMWK mit BMJ/BMF vorgeschlagen auf 1000 Mitarbeitende und 250Mio Euro Jahresumsatz angehoben werden, fallen nach Schätzungen ca. 80% der deutschen Wirtschaft unter diese Schwelle. Für 80% gelten dann also Nachhaltigkeitsanforderungen, finanzielle Berichtspflichten und wo es sonst noch KMU-Ausnahmen gibt, nicht mehr oder nur noch sehr eingeschränkt. Das kann nicht die Lösung sein, wenn wir unsere Klima-, Umwelt- und Arbeitsschutzziele erreichen wollen. Wir müssen vielmehr daran arbeiten, die Regeln auch für größere Unternehmen zu vereinfachen, Berichtspflichten zu digitalisieren etc. 80% der deutschen Wirtschaft als KMU und damit ca. 80% aller Umweltschäden als "nicht ausschlaggebend" zu deklarieren, hilft langfristig weder der Wirtschaft noch der Umwelt. Sektoren wie die Landwirtschaft wären dann nahezu vollständig KMU und von wichtigen Verpflichtungen ausgenommen. Unterm Strich könnte dieses Vorgehen echten KMU auch dadurch schaden, dass die KMU-Ausnahmen reduziert werden, um sie an den deutlich vergrößerten Anwendungsbereich anzupassen.